

Labor für die europäische Integration

Was zwischen Deutschland und Frankreich gelingt, kann Europa bewegen

» Der neue Elysée-Vertrag solle nicht nur eine Liste des Wünschenswerten sein, fordert Dr. Martin Koopmann, Vorstand der Stiftung Genshagen, die in einem Positionspapier der Deutsch-französischen Reflexionsgruppe konkrete Arbeitsfelder beschreibt, in denen beide Länder stärker gemeinsam arbeiten sollten. Wenn der Vertrag einen Mehrwert bieten solle, dann ist einiges zu tun. Was? Darüber hat Ute Schaeffer mit Martin Koopmann gesprochen.

Der neue Elysée-Vertrag bezieht sich auf eine ganz andere politische Realität als sein Vorgänger vor 55 Jahren. Was muss er deshalb leisten?

Der neue Vertrag wird den ersten ergänzen, denn es geht ja nicht darum, diesen zu ersetzen sondern ein komplementäres Element zu schaffen. Das ist keine leichte Aufgabe, denn der erste Vertrag war ja auch schon sehr konkret, was die bilaterale Kooperation angeht.

Der neue Vertrag wird sich vor allem auf Europa beziehen müssen. Er wird den aktuellen europäischen Kontext in den Mittelpunkt rücken müssen, weil die deutsch-französischen Beziehungen heute nicht mehr ohne Europa zu denken sind. Sie sind integraler Bestandteil der europäischen Realität, der europäischen Integration geworden. Und gleichzeitig geht es diesem integrierten Europa schlecht. Das heißt, Deutschland und Frankreich müssen – wenn das neue Papier einen Mehrwert bringen soll – strukturelle Antworten finden auf die aktuelle politische Situation in Europa. Der Vertrag darf sich jedoch nicht mit reinem Krisenmanagement begnügen: Er muss einen langfristig wirksamen Weg weisen, wie beide Länder dazu beitragen können, die Europäische Union zukunftsfest zu machen. Das ist eine große Herausforderung.

Wenn Sie auf das schauen, was konkret politisch zu lösen und zu bearbeiten ist. Welche Themen sind aus ihrer Sicht vordringlich?

Deutschland und Frankreich müssen sich darauf verständigen, welches Ziel sie verfolgen wollen: Zusammenhalt der EU der 27 um jeden Preis oder Ausdifferenzierung der EU und Entwicklung eines Kern-Europa, das schneller voranschreitet als die anderen. Wollen beide Länder Motor eines integrierten Europas im Sinne Jean Monnets und Robert Schumans sein? Oder geht es vor allem darum, das Versprechen eines gemeinschaftlichen Gesamteuropas, das ja auch auf Adenauer und de Gaulle zurückgeht, heute einzulösen? Das sind unterschiedliche Ziele, die einander ausschließen. In dieser Frage müssen sich Deutschland und Frankreich in dem neuen Vertrag auch positionieren – und sich darüber verständigen, was ihre Funktion im europäischen Kontext ist.

Sehen Sie die beiden Länder da einig?

Es gibt eine Konvergenz zwischen Deutschland und Frankreich in dieser Frage. Konvergenz heißt aber nicht Einigkeit. Und genau darum geht es jetzt. Es gilt, klare Fragen zu beantworten und sich zu verständigen: Was bedeutet Kohärenz in der EU der 27? Was bedeutet Handlungsfähigkeit in einem

erweiterten Europa? Und was bedeutet das dann konkret für die deutsch-französischen Beziehungen? Das Positionspapier der Deutsch-französischen Reflexionsgruppe benennt konkrete Arbeitsfelder, um die es gehen sollte. Dazu gehört der deutsch-französische Wirtschaftsraum mit einer deutlichen Annäherung der Steuer-, Haushalts- und Arbeitsmarktpolitik.

Ist dieses Projekt aussichtsreich oder sehen Sie andere politische Arbeitsfelder als geeigneter?

Ein deutsch-französischer Wirtschaftsraum ist zunächst einmal ein Schlagwort, das ausformuliert und konkretisiert werden müsste. Es geht uns in dem Positionspapier der Deutsch-französischen Reflexionsgruppe darum, „Konvergenzlabore“ zu schaffen. D. h. konkret: in den Bereichen, in denen die EU nicht vorankommt oder nur unzureichend vorankommt, bilateral zu zeigen, dass Gemeinschaft möglich ist. Und das kann beispielsweise im Steuerbereich sein. Niemand hindert Deutschland und Frankreich daran, ihre Steuersysteme anzunähern – ohne sie allerdings zwangsweise zu harmonisieren und sinnvollen, stimulierenden Steuerwettbewerb völlig abzuschaffen. Das ist möglich, und auch in anderen Wirtschaftsbereichen ist mehr Konvergenz durchaus möglich, um ein Beispiel zu geben und zu zeigen: Wir übernehmen Verantwortung für Europa. Darum geht es uns mit diesen Vorschlägen. Der Weg zu einem deutsch-französischen Wirtschaftsraum, der ist aber natürlich noch weit.

Was wären denn andere Handlungsfelder?

Ich könnte mir vorstellen, dass man wirklich viel konkreter über einen deutsch-französischen Arbeitsmarkt nachdenkt. Beide Länder beschäftigt die Frage, wie man junge Menschen in den Arbeitsmarkt bringt. Und es ist offensichtlich, dass man da voneinander lernen kann. Das geht über ein Kopieren des Dualen Bildungssystems, wie es in Deutschland besteht, durch Frankreich weit hinaus. Das bedeutet: Wie fördert man Ausbildungsgänge, die praxis- und zukunftsrelevant sind, die eng mit den Unternehmen abgestimmt und innovativ sind? Hier können beide Länder voneinander lernen, wir denken nach wie vor zu sehr in nationalen Schablonen. Gleichzeitig darf das natürlich nicht bei einem deutsch-französischen Projekt stehen bleiben. Das ist uns in allen Vorschlägen wichtig. Die deutsch-französische Abstimmung ist besser als nichts und kann eine wichtige Impulsfunktion übernehmen. Aber wir brauchen natürlich mehr als Deutschland und Frankreich, um Europa zu reformieren.

Ihr Positionspapier setzt sich u. a. dafür ein, dass Regierungspolitiker ihren Parlamenten sowohl in Deutschland wie in Frankreich regelmäßig berichten wie es um die Fortschritte in den deutsch-französischen Projekten steht. Welche Aspekte sollten sich noch verändern?

Die Berichtspflicht hat einen doppelten Effekt aus unserer Sicht: zum einen geht es darum, dass die auf den deutsch-französischen Ministerräten beschlossenen Projekte auch tatsächlich umgesetzt werden. Es geht darum, Verlässlichkeit zu schaffen. Das zweite Ziel ist, die deutsch-französischen Beziehungen sichtbarer zu machen. Es ist ja nicht so, dass die deutsch-französischen Beziehungen bisher einen Dornröschenschlaf gehalten hätten. Auch wenn beide Länder in den vergangenen Jahren ihrem Anspruch, Motor der europäischen Integration zu sein, kaum gerecht geworden sind, hat es doch keinen deutsch-französischen Stillstand gegeben. Wir glauben, dass mit einer regelmäßigen Berichtspflicht gegenüber den Parlamenten, die wichtig sind für die öffentliche Wahrnehmung und Meinungsbildung, für diese Sichtbarkeit viel getan werden kann. Ich glaube, dass es ein großes Defizit der deutsch-französischen Beziehungen ist, dass das, was an Positivem geleistet wurde, nicht ausreichend wahrgenommen wird.

Dabei ist die deutsch-französische Partnerschaft doch gerade durch ihre bürgernahen Aktivitäten, Städtepartnerschaften, Austauschprogramme für Jugendliche usw. geprägt?

Ich glaube, das wird von den Jugendlichen, die solche Austauschprogramme durchlaufen, schon wahrgenommen. Trotzdem hat die Zahl der jungen Deutschen und Franzosen, die die andere Sprache erlernen wollen, über Jahre abgenommen. Das liegt unter anderem auch an der Globalisierung. Junge Menschen denken heute über den unmittelbaren Nachbarn weit hinaus, haben andere Regionen im Blick, die auch außerhalb von Europa liegen. Viele schauen auch darauf, welchen Mehrwert es ihnen bietet, wenn sie sich wirklich für das andere Land engagieren, für die Sprache und die Kultur interessieren? Und das ist eine andere Perspektive als die der fünfziger und sechziger Jahre, als es vor allem darum ging, Ruhe und Frieden zu schaffen in Deutschland und Frankreich, in Europa.



© Stiftung Genshagen

Dr. Martin Koopmann

Deutschland zögert, auf die Reformvorschläge des Präsidenten einzusteigen. Warum ist es so schwierig, dieses Thema mit etwas mehr Tempo anzugehen?

Die Reform der EU ist alles andere als ein einfaches Thema. Und zum anderen hat Innenpolitik in Deutschland gerade Vorrang. Es geht darum, wieder eine Balance zu finden für die regierenden Parteien, die beide die Wahlen im letzten Jahr verloren haben und die Druck von ihrer Wählerschaft bekommen – oder auch von Seiten der AfD. Und mein Eindruck ist, dass die Bundeskanzlerin zurzeit vor allem die Zukunft ihrer eigenen Partei und die Wahlen 2021, vielleicht auch die Landtagswahlen in Bayern in diesem Jahr im Blick hat. Ein Einschwenken auf die Vorschläge von Emmanuel Macron wäre vor diesem Hintergrund zumindest ein Risiko. Das heißt nicht, dass sie diesen Vorschlägen ausschließlich kritisch gegenübersteht, aber sie wägt ab. Und dieses Abwägen führte zu einem späten und äußerst vorsichtigen Zugehen auf die Reformvorschläge Macrons.

Auf welche Weise sollten sich denn künftige deutsch-französische Projekte für andere Staaten öffnen?

Der Weg kann nur kompliziert sein. Es kann nur darum gehen, auf flexible Weise Dritte einzubinden und die Einbindung Dritter auch ganz explizit als ein politisches Ziel zu definieren, etwa im neuen Elysée-Vertrag. Wir schlagen eine Selbstverpflichtung vor, dass in jeder bilateralen Initiative ein offenes Element enthalten sein muss für eine frühzeitige Einbindung anderer Partner. Wer das dann im Einzelnen ist, das hängt dann vom Politikfeld ab. Das Ziel, die flexible Öffnung und Nicht-Exklusivität starker deutsch-französischer Beziehungen nicht nur rhetorisch zu definieren, sondern auch umzusetzen, sollte im neuen Vertrag formuliert und dann in der politischen Realität auch gelebt werden.